



Dr. Ute Gierczynski-Bocandé ist Programmbeauftragte und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Senegal/Mali der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## **SENEGAL NACH PRÄSIDENTSCHAFTS- UND PARLAMENTSWAHLEN 2012**

**STABILITÄTSANKER IN UNRUHIGER REGION**

*Ute Gierczynski-Bocandé*

Nach einer unter Hochspannung durchlebten und von Gewalttaten durchzogenen Vorwahl- und Wahlperiode in der ersten Jahreshälfte 2012 sieht sich Senegal auf dem Weg zurück zu einer der stabileren Demokratien des Kontinents. Die Erleichterung über den positiven Verlauf der Wahlen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Senegal sich am Scheideweg, wenn nicht sogar kurz vor dem Abgrund befand. Ein greiser autokratischer Staatschef, eine auf Machterhalt fokussierte Regierungspartei, eine aufgebrachte Bevölkerung und eine desolote wirtschaftliche Situation bildeten eine risikoreiche Ausgangslage. Die Präsenz Tausender in- und ausländischer Wahlbeobachter sowie die Medienberichterstattung lassen auch nun noch die Furcht vieler Einwohner und Beobachter des Landes erahnen, Senegal könne auf Dauer in einen Gewaltzyklus geraten. In gewisser Weise als „Puffer“ in einer geopolitisch extrem angespannten Region fungierend, insbesondere mit Blick auf das Nachbarland Mali, hätte ein Abdriften Senegals zu einer westafrikanischen Katastrophe führen können. Nach den Wahlen wähnt sich das Land nun wieder auf dem Wege der Stabilisierung seiner Demokratie. Senegal muss sich allerdings weiterhin in einem turbulenten Umfeld behaupten. Insbesondere die durch den Staatsstreich in Mali hervorgerufene Krise und die anschließende Einnahme der malischen Nordgebiete durch Islamisten stellen die westafrikanische Region auf eine harte Probe.

## EINE DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Senegal gilt für viele als die erste Demokratie Afrikas. Direkt nach der Unabhängigkeit 1960 bekannte sich der gewählte Staatschef Leopold Sédar Senghor zu den in der Verfassung verankerten Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung – obschon es noch vierzehn Jahre dauerte, bis mehr als eine Partei zugelassen war. Sein Nachfolger Abdou Diouf, an den Senghor 1980 die Staatsführung übergab, erweiterte die demokratischen Rechte und öffnete die Parteienlandschaft.<sup>1</sup> Seit 1981 wurden mehr als 170 Parteien gegründet. Im Jahr 2001 waren 65 Parteien in Senegal aktiv,<sup>2</sup> zehn Jahre später sind es fast dreimal so viele. Der ehemalige Innenminister Ousmane Ngom forderte im vergangenen Jahr sogar strengere Kriterien für die Parteienbildung, da eine Vielzahl politischer Parteien die Demokratie schwäche.<sup>3</sup> Auch der Mediensektor hat sich seit den 1980er Jahren erweitert: Derzeit gibt es mehr als 20 unabhängige Tageszeitungen, etwa 70 nationale und lokale Radios sowie fünf private und zwei öffentliche nationale Fernsehsender.<sup>4</sup>

**Im Jahr 2001 waren 65 Parteien in Senegal aktiv, zehn Jahre später sind es fast dreimal so viele.**

Trotz demokratischer Fortschritte steht Senegal mittlerweile relativ weit oben auf der Skala der Länder mit dem höchsten Korruptionsindex. Menschenrechtsverletzungen wurden aufgedeckt und angeprangert. Der Jahresbericht 2011<sup>5</sup> von Amnesty International nennt nicht nur den Casamance-Konflikt mit den durch den Staat und die Rebellenfraktion begangenen Unrechtstaten, sondern spricht auch von Menschenrechtsverletzungen in anderen Bereichen.

- 1 | Vgl. zur politischen Geschichte Senegals Gerti Hesselning, *Histoire politique du Sénégal*, Karthala, Paris, 1985; Momar Coumba Diop, *Le Sénégal contemporain*, Karthala, Paris, 2002.
- 2 | Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung und Centre d'études des sciences et techniques de l'information (Hrsg.), *L'annuaire des partis politiques du Sénégal*, Dakar, 2001.
- 3 | Ferloo.com, „Me Ousmane Ngom: ‚173 partis politiques au Sénégal, ce n'est pas raisonnable‘“, 16.11.2011, <http://ferloo.com/Me-Ousmane-Ngom-173-partis> [05.10.2012].
- 4 | Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung und Centre d'études des sciences et techniques de l'Information (Hrsg.), *Les medias au Sénégal Cahier de l'Alternance*, Dakar, 2005.
- 5 | Amnesty International, „Senegal. Rapport 2011 – La situation des droits humains dans le monde“, <http://amnesty.org/fr/region/senegal/report-2011> [05.10.2012].

Rechtsstaat und Gewaltenteilung funktionieren allenfalls eingeschränkt. So beklagte unlängst der senegalesische Richterverband die hohe Korruptionsrate in der Justiz. Diese sei häufig Handlanger der Exekutive.<sup>6</sup>

**Auf dem Land leben viele Menschen noch immer ohne Strom, Trinkwasser, ausreichende medizinische Versorgung, Schulen und Verkehrsanbindung.**

Derweil geht die wirtschaftliche Entwicklung Senegals nur schleppend voran. Den politischen Eliten wird vorgeworfen, sich auf Kosten der Bevölkerung zu bereichern – etwa mit Blick auf den Immobilienboom in Dakar und anderen großen Städten. Auf dem Land hingegen leben viele Menschen noch immer ohne Strom, Trinkwasser, ausreichende medizinische Versorgung, Schulen und Verkehrsanbindung.<sup>7</sup> Landflucht, ungebremste Stadtentwicklung, extrem hohe Arbeitslosigkeit und eine in den letzten Jahren mangelhafte Stromversorgung trugen zur Unzufriedenheit der Bevölkerung bei – eine potenzielle Zeitbombe für die Demokratie. Die Stromausfälle sorgten in den vergangenen Jahren wiederholt für gewaltsame Revolten in Dakars großen Vorstädten, die auch auf Provinzstädte übergriffen.<sup>8</sup> Die Furcht vor einer von Terror geprägten Wahlperiode und ein Abdriften Senegals in einen Gewaltzyklus war keineswegs unbegründet.

#### **ABDOULAYE WADE: VOM OPPOSITIONSFÜHRER ZUM MACHTVERSESSENEN PRÄSIDENTEN**

Es erstaunt, dass Senegal in einer relativ kurzen Zeit in seiner sowohl demokratischen als auch wirtschaftlichen Entwicklung klar zurückfiel. Die Republik Senegal wurde in den ersten vierzig Jahren ihrer Existenz als unabhängiger Staat von der Sozialistischen Partei (Parti Socialiste, PS) regiert, die in demokratischen, wenn auch häufig umstrittenen Wahlen immer wieder gewählt wurde. Nach dem ersten

6 | Ndèye Khady Lo, „Les magistrats sénégalais se rebiffent“, *SlateAfrique*, 20.05.2011, <http://sateafrique.com/2193/les-magistrats-senegalais-se-rebiffent> [05.10.2012].

7 | République Sénégal, *Document de Stratégie pour la croissance et la Réduction de la Pauvreté 2006-2010*, Oktober 2006, <http://siteresources.worldbank.org/intsenegalinfrench/Resources/DSRP-II.pdf> [05.10.2012].

8 | Audrey Pelé, „Dakar: des bâtiments publics incendiés par les habitants“, *Le Figaro*, 28.06.2011, <http://lefigaro.fr/international/2011/06/28/01003-20110628ARTFIG00334-dakar-des-batiments-publics-incendies-par-les-habitants.php> [05.10.2012].

politischen Wechsel im Jahr 2000 wurde die Regierung Senegals zwölf Jahre lang von der liberalen Partei (Parti Démocratique Sénégalais, PDS) unter ihrem Gründer Adoulaye Wade gestellt. Im Laufe von dessen Amtszeit, die durchaus vielversprechend begonnen hatte, entwickelte sich der langjährige Oppositionsführer zu einem machtbesessenen Autokraten, dessen Amtsführung an die „weißen Elefanten“ und andere Prestigeprojekte früherer Präsidenten erinnerte.<sup>9</sup> Als Höhepunkt der angesichts der zunehmenden Verarmung der Bevölkerung zynisch anmutenden Megalomanie ließ Wade in seinem letzten Regierungsjahr ein monumentales Denkmal der „afrikanischen Wiedergeburt“ errichten – ein Projekt, mit dem er sich, so heißt es, unsterblich zu machen hoffte.<sup>10</sup>

Zur Sicherung seiner Macht griff Wade zu diversen Instrumenten, insbesondere zur Strategie des „Teilens und Herrschens“. So schreckte er nicht davor zurück, Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen (religiöser, ethnischer und sozialer Art) zu schaffen und zu schüren, was teilweise gefährliche Situationen hervorrief. Einen Teil der Regierungsverantwortung sowie die Leitung der finanzstarken Agentur ANOCI<sup>11</sup> übertrug er an seinen Sohn und staatliche Managementaufgaben, insbesondere die des Festivals der Schwarzen Kulturen,<sup>12</sup> an seine Tochter. Beständig war er darum bemüht, eine dynastische Regierungsfolge einzuführen. Gleichzeitig verloren die Institutionen immer mehr an Achtung und Prestige, sank das Lebensniveau eines Großteils der Bevölkerung und wurde eine Wade-freundliche Klasse an Politikern und Geschäftsleuten immer wohlhabender. Seine Widersacher nannten Wade den „Präsidenten des Informellen“. Ihm wurde vorgeworfen, die Werte und

9 | Vgl. hierzu: Abdou Latif Coulibaly, *Wade, un opposant au pouvoir. L'alternance piégée?* (Wade, ein Opponent an der Macht. Die politische Reformbewegung in der Falle?), Editions Sentinelles, Paris, 2003.

10 | Vgl. Ute Gierczynski-Bocandé, „Denkmal sorgt für politisch-religiöse Spannungen“, *KAS-Länderbericht*, 07.01.2010, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/18563> [05.10.2012].

11 | Hierzu: Abdou Latif Coulibaly, *Contes et mécomptes de l'ANOCI* (Märchen und Fehlrechnungen der ANOCI), Hamratan, Paris, 2009.

12 | Vgl. Ute Gierczynski-Bocandé, „Senegal, internationales Festival der schwarzen Kulturen und politische Stimmung im Vorwahljahr“, *KAS-Länderbericht*, 04.02.2011, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_21826-1522-1-30.pdf](http://kas.de/wf/doc/kas_21826-1522-1-30.pdf) [05.10.2012].

Tugenden der Demokratie und die Grundsätze der Republik systematisch auszuhebeln, um die Interessen seiner Familie und seiner Anhänger zu befriedigen und sich selbst auf Dauer die Macht zu sichern.<sup>13</sup>

### **DEMOKRATISCHE REIFE DER BEVÖLKERUNG UND ERFOLGE DER BÜRGERBEWEGUNG**

Der Machthunger Wades wurde ihm schließlich zum Verhängnis, führte er doch zur Herausbildung eines spezifischen Bewusstseins und einer eigenen Reife der senegalesischen Bevölkerung sowie zur Stärkung der Demokratie. Einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen, am 23. Juni 2011, sollte die Nationalversammlung – angesichts von mehr als 93 Prozent der Abgeordneten aus der Regierungskoalition eher eine „Applaudierkammer“ – über ein Gesetz abstimmen, das Wade erlaubt hätte, mit nur 25 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erneut ins Amt gewählt zu werden. Während die Abgeordneten – auch die der Regierungskoalition – über die Annahme des Gesetzesvorschlags stritten, demonstrierten Tausende aufgebracht Bürger vor dem Parlament. Sie wurden unterstützt von den Rappern der Generation „Y en a marre“ (Wir haben genug), die musikalisch gegen die „geplante Amtskonzisierung“ Wades protestierten und damit einen Stein losgetreten hatten: Die Rapper-Bewegung war zum Symbol der Ablehnung Wades durch einen Großteil der Bevölkerung geworden. Obwohl bei dieser Protestaktion zahlreiche Demonstranten von Ordnungskräften festgenommen und verletzt wurden und ein Menschenrechtsaktivist von

**Die senegalesische Bevölkerung tritt friedlich, aber bestimmt für die demokratische Verfassung und ihre Rechte ein und kann damit sogar Erfolge verzeichnen.**

Wade-Anhängern sogar verprügelt wurde, waren sich Senegalesen und Beobachter einig: Die Demonstration war ein Beweis dafür, dass die senegalesische Bevölkerung friedlich, aber bestimmt für die demokratische Verfassung und ihre Rechte eintritt und damit durchaus Erfolge verzeichnen kann. Der Gesetzesvorschlag wurde zurückgenommen, sehr zur Erleichterung der Parlamentarier und zur unverhohlenen Freude der Bürgerbewegung – ein erster Sieg für die Demokratie. Die Teilnehmer der Demonstration,

13 | Auch zu diesem Problem äußerte sich der Staranwalt und politische Analyst Abou Latif Coulibaly: *Une démocratie prise en ôtage par ses élites* (Eine Demokratie als Geisel ihrer Eliten), Harmattan, Paris, 2006.

Oppositionspolitiker, Organisationen der Zivilgesellschaft, Rapper und Menschenrechtsorganisationen, bildeten fortan die Bürgerbewegung des 23. Juni, kurz M 23 (Mouvement 23) genannt.<sup>14</sup>

#### **WADES UMSTRITTENE DRITTE KANDIDATUR**

Trotz alledem war eine grundsätzliche Frage noch ungeklärt: Würde es Wade möglich sein, ein drittes Mal für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren? Die Verfassung gibt hierauf eine eindeutige Antwort: Ein Präsident darf nicht mehr als zweimal kandidieren. Wade und seine Mitstreiter argumentierten jedoch, dass die neue Verfassung erst nach dem Referendum 2001 in Kraft getreten sei und somit eine Limitierung auf zwei Mandate erst mit der Wahl Wades im Jahre 2007 gälte. Die Frage löste eine hitzige Diskussion zwischen Opposition und Regierungsmitgliedern aus, die sich jeweils auf die Aussagen von Juristen stützten, die sich jedoch mehrheitlich gegen eine nochmalige Kandidatur aussprachen. Somit hatte der Verfassungsrat das Wort. Die Spannungen erreichten mit der Äußerung Wades einen Höhepunkt, er habe zwar 2007 gesagt, 2012 nicht mehr antreten zu wollen, jedoch habe er zwischenzeitlich seine Meinung geändert. Dieser Ausspruch wurde in der Vorwahlperiode und im Wahlkampf zum geflügelten Wort der Bewegungen „Y en a marre“ und M 23. Der aus fünf von Wade ernannten Richtern bestehende Verfassungsrat befand schließlich Ende Januar, dass Wade noch einmal antreten könne. Zu Protestaktionen gegen seine Kandidatur war es jedoch schon lange zuvor gekommen, die nicht zuletzt mehrere Todesopfer gefordert hatten.

Die Frage nach der Kandidatur Wades beherrschte den Vorwahlkampf und den Wahlkampf selbst. Die Bewegung des 23. Juni verschaffte sich jede Woche am Obelisk-Platz in Dakar Gehör, wo jeweils mehrere Tausend, wenn nicht gar Zehntausend Bürger gegen die nochmalige Kandidatur des Präsidenten demonstrierten. Die Reaktion der Ordnungskräfte war teilweise äußerst

**Die Bewegung des 23. Juni strömte einmal pro Woche zum Obelisk-Platz in Dakar, wo jeweils mehrere Tausend oder gar Zehntausend Bürger gegen die nochmalige Kandidatur des Präsidenten demonstrierten.**

14 | Ute Gierczynski-Bocandé, „Volksaufstand in Senegal – Massenproteste zwingen Regierung zur Rücknahme eines Gesetzesentwurfs“, *KAS-Länderbericht*, 29.06.2011, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/23256> [05.10.2012].

brutal und es gab Todesopfer. Die Demokratie Senegals lief Gefahr, ins Chaos abzugleiten.<sup>15</sup>

**Wade und seine Minister unternahmen zahlreiche Charmeooffensiven, zeigten aber auch Drohgebärden und versuchten so, Terrain zu gewinnen.** In den europäischen und amerikanischen Botschaften wurden Krisenstäbe und Krisenmanagementkomitees gegründet, die Presse sah in aufkommenden Konflikten negative Vorzeichen für eine von Gewalttaten geprägte Wahlperiode. Wade und seine Minister unternahmen zahlreiche Charmeooffensiven, zeigten aber auch Drohgebärden und versuchten so, Terrain zu gewinnen. Drohungen gab es auch gegenüber Nichtregierungsorganisationen und verschiedenen diplomatischen Vertretungen.

Wenn anlässlich der vorangegangenen Wahlperioden die Regierung regelmäßig die internationalen Organisationen um Unterstützung bei der Wählermobilisierung gebeten hatte, herrschte dieses Mal weitgehend Schweigen. Das seinerzeit mit der Wahlorganisation betraute Innenministerium gab diese Aufgabe an das eigens hierfür geschaffene Wahlministerium ab. Damit wollte die Regierung Wade von vornherein die Vorwürfe entkräften, der mächtige Innenminister Ousmane Ngom wolle die Wahlen schon im Vorfeld manipulieren.

Nachdem Ende Januar der aus fünf von Wade ernannten Richtern zusammengesetzte Verfassungsrat die Kandidatur des Amtsinhabers als legitim und verfassungskonform beurteilte,<sup>16</sup> kam es erneut zu Demonstrationen. Ein Teil der Kandidaten verzichtete bewusst auf einen Wahlkampf im Landesinneren, um in der Hauptstadt Präsenz zu zeigen.

15 | Ute Gierczynski-Bocandé, „Unruhe vor den Wahlen“, *KAS-Länderbericht*, 01.02.2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30082> [05.10.2012]. Die KAS Senegal organisierte in dieser aufgeheizten Atmosphäre ein Dialogforum für Vertreter von Regierung, gewählten Instanzen und Zivilgesellschaft, um deren Rolle und Bedeutung beim Erhalt des sozialen Friedens zu unterstreichen. Veranstaltungsbericht in: <http://www.kas.de/senegal-mali/de/publications/23414> [05.10.2012]. Ute Gierczynski-Bocandé, „Beitrag der Zivilgesellschaft zum sozialen Frieden – Rolle der gesellschaftlichen Akteure“, *KAS-Veranstaltungsbeiträge*, 15.07.2011, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/23414> [05.10.2012].

16 | Vgl. „Candidature d’Abdoulaye Wade: la décision du Conseil constitutionnel attendue dans la journée“, *Jeune Afrique*, 27.01.2012, <http://jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20120127091553> [05.10.2012].

So versammelte man sich täglich zu Demonstrationen am „Platz der Unabhängigkeit“, wurde aber ebenso regelmäßig von der Polizei abgedrängt. Häufig kam es zu Verletzten und einige Kandidaten wurden kurzfristig in Haft genommen. Dieses gewagte „Versteckspiel“ trug stark zur Popularität einiger Oppositionspolitiker bei. Gleichzeitig führte die Bewegung des 23. Juni ihre Protestkundgebungen am Obelisk-Platz fort. In Dakar sowie in den Regionen kam es immer wieder zu Gewalthandlungen. Der Vorwahlkampf ließ nichts Gutes für den eigentlichen Wahlkampf hoffen. Dass es anders kam als erwartet, ist einerseits auf die Besonnenheit der meisten Oppositionskandidaten und andererseits auf die bewusste Zurückhaltung der Bevölkerung zurückzuführen, die sich entschlossen hatte, ihre Macht mit ihrem Stimmzettel auszuüben.

#### **DIE HERAUSFORDERER DES ALTEN PRÄSIDENTEN**

Von insgesamt 23 Anwärtern blieben nach Prüfung durch den Verfassungsrat 14 offizielle Kandidaten übrig, unter denen sich vier hochkarätige Politiker, aber auch viele relativ unbekannte Köpfe aus der Zivilgesellschaft befanden.<sup>17</sup> Manche Beobachter fürchteten gar, Wade würde allein deshalb wiedergewählt werden, weil er keinen überzeugenden Gegenkandidaten hatte. Nur wenigen wurde die Chance eingeräumt, die Ein-Prozent-Hürde zu überwinden. Ein prominenter Anwärter auf das Präsidentenamt wurde vom Verfassungsrat nicht zu gelassen – der Musiker Youssou N'Dour, angeblich aus formalen Gründen. Für Erstaunen sorgte dagegen dann die plötzliche Kandidatur der Modeschöpferin Diouma Dieng.

**Manche Beobachter fürchteten, Wade würde allein deshalb wiedergewählt werden, weil er keinen überzeugenden Gegenkandidaten hatte.**

Die Oppositionsgruppe Benno siggil Senegal (in der senegalesischen Verkehrssprache Wolof: gemeinsam für einen aufrechten Senegal) setzte sich aus der Sozialistischen Partei, einigen ihrer Tochterparteien und wenigen ex- oder noch kommunistischen Parteien zusammen. Die Gruppe war jedoch zutiefst gespalten, denn während viele Mitglieder einen Konsenskandidaten wünschten, bestanden die PS und die sozialdemokratische Alliance des Forces de

17 | Andrea Kolb und Ute Gierczynski-Bocandé, „Senegal: Wahlen oder nicht Wahlen?“, *KAS-Länderbericht*, 24.02.2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30283> [05.10.2012].



**Die AFP hatte sich kurz vor den Wahlen 2000 von der PS gelöst und maßgeblich zum Sieg der PDS und Wades beigetragen, ihr Vorsitzender Niasse galt als „Königsmacher“.**

Progrès (AFP) darauf, ihren jeweiligen Vorsitzenden zum Einheitskandidaten zu küren. Die AFP hatte sich kurz vor den Wahlen 2000 von der PS gelöst und maßgeblich zum Sieg der PDS und Wades beigetragen, ihr Vorsitzender Niasse galt als „Königsmacher“. Dies wurde ihm von der PS nicht verziehen. Schließlich trat der PS-Vorsitzende Ousmane Tanor Dieng als Kandidat der PS an, Moustapha Niasse kandidierte für die AFP und die übrigen Parteien des Oppositionskollektivs.

Tanor Dieng begann seine politische Karriere unter Senghor und war später lange Zeit Premierminister von Abdou Diouf, dem zweiten Präsidenten Senegals. Dem uncharismatischen Parteichef wurde häufig mangelnde Nähe zur Parteibasis vorgeworfen. Und so überschatteten volksnähere PS-Politiker wie Dakars Bürgermeister Khalifa Sall oder Parteisprecher Abdoulaye Willane Diengs Wirken. Moustapha Niasse war der erste Premierminister der Regierung Wade von 2000 bis 2001, bis er aufgrund politischer Divergenzen mitsamt seinen Ministern von Wade aus der Regierung entlassen wurde. Seine politische Laufbahn begann ebenfalls bereits zu den Amtszeiten Senghors und Dioufs, unter denen er wiederholt Ministerialfunktionen übernommen hatte. Im Gegensatz zu vielen Kollegen ist Niasse jedoch kein Berufspolitiker, sondern ein erfolgreicher Geschäftsmann, der nicht auf staatliche Subventionen, sondern auf wirtschaftliche Erfolge baut.

Die PDS hatte im Laufe ihrer zwölfjährigen Regierungszeit den gleichen Weg wie die vormals allmächtige PS eingeschlagen: Sie nahm zahlreiche kleinere Parteien und viele Politiker anderer Parteien auf und wurde zu einem Konglomerat divergierender politischer Interessen. Dies führte zur Bildung von unterschiedlichen Richtungen, Spannungen und Spaltungen. So gründete der vom Präsidenten zunächst hoch gelobte, 2004 aber in Ungnade gefallene Premierminister Idrissa Seck, Wirtschaftswissenschaftler, Bürgermeister von Thiès und langjähriger Mitstreiter Wades, 2005 eine eigene Partei: Rewmi (Wolof: das Land). Auch der ebenfalls in Ungnade gefallene Premierminister Macky Sall gründete nach seinem politischen Absturz eine eigene Partei, die Alliance pour la République (APR). Sall war von allen Oppositionskandidaten der einzige, der

seinen Wahlkampf von langer Hand geplant und sehr effizient durchgeführt hatte. Er folgte dabei Wades Spuren, was dazu führte, dass seine Person von vielen bewusst oder unbewusst mit dem Streben nach Macht in Verbindung gebracht wurde. Sall war schon seit Jahren in alle Regionen, Departements und Landgemeinden gereist, hatte engen Kontakt mit der Bevölkerung aufgenommen und dabei sein Interesse am Präsidentenamt bekundet.

### **ZWEI WAHLGÄNGE, ZWEI GEWINNER: MACKY SALL UND DIE DEMOKRATIE**

Entgegen aller Befürchtungen verlief der Wahltag Ende Februar ruhig und gewaltfrei.<sup>18</sup> Knapp 52 Prozent der senegalesischen Bevölkerung gaben ihre Stimme ab, schon früh am Morgen standen die Menschen Schlange an den Wahlbüros. Die für eine Präsidentschaftswahl relativ geringe Wahlbeteiligung war nicht etwa auf mangelndes Interesse zurückzuführen, sondern darauf, dass viele Wähler ihre Wahlkarten nicht erhalten hatten, in manchen Städten bis zu 50 Prozent. Oppositionspolitiker kritisierten das Innenministerium, das organisatorische Mängel für das Fehlen der Wahlkarten angab – man sprach von einer subtilen Wahlmanipulation. Wie schon bei früheren Wahlen wurden Fälle von Stimmenkauf und anderen Manipulationsversuchen festgestellt. Diese konnten jedoch nicht verhindern, dass Wade die erforderliche absolute Mehrheit verfehlte.<sup>19</sup>

**Knapp 52 Prozent der senegalesischen Bevölkerung gaben ihre Stimme ab, schon früh am Morgen standen die Menschen Schlange an den Wahlbüros.**

Die Arbeit und Abstimmung der mehr als 5.000 in- und ausländischen Wahlbeobachter<sup>20</sup> hat sicher auch dazu beigetragen, dass Betrugsversuche aufgedeckt und Wahlfälschung verhindert werden konnte. Die provisorischen Ergebnisse

18 | Andrea Kolb und Ute Gierczynski-Bocandé, „Senegal: Ruhige Wahlen, erste Tendenzen – Mäßige Wahlbeteiligung, zweiter Wahlgang zeichnet sich ab“, *KAS-Länderbericht*, 27.02.2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30306> [05.10.2012].

19 | Ute Gierczynski-Bocandé, „Die Demokratie hat gesiegt! Machtwechsel durch demokratische Wahlen – Freudentemonstrationen nach dem Erdrutschsieg von Macky Sall“, *KAS-Länderbericht*, 26.03.2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30590> [05.10.2012].

20 | Vgl. hierzu Electoral knowledge network, *Senegal: Observation Report 2012*, <http://aceproject.org/ero-en/regions/africa/SN/senegal-observation-report-presidential-election-2/view> [05.10.2012].

wurden mit verhaltener, fast ungläubiger Freude aufgenommen: Ein zweiter Wahlgang zeichnete sich ab. Eine Woche später wurden die offiziellen Ergebnisse veröffentlicht und das Datum der Stichwahl festgelegt.

Wade hatte lediglich 35 Prozent der Stimmen erzielt, gefolgt von Macky Sall mit 26 Prozent. Moustapha Niasse erlangte 13 Prozent und lag damit vor seinem Rivalen Tanor Dieng, der auf elf Prozent kam. Idrissa Seck konnte mit sieben Prozent gerade mal die Hälfte seines Ergebnisses von 2007 erzielen – ein Debakel, das viele Beobachter darauf zurückführten, dass er sich nicht entschlossen und überzeugend genug von Wade und der PDS abgesetzt hatte. Insbesondere die großen Vorstädte von Dakar wie Pikine und Guediawaye, aber auch Regionalhauptstädte wie St. Louis, Thiès und Kaolack hatten Wade eindeutig abgewählt, einzig die Regionalhauptstädte Kedougou und Ziguinchor waren ihm „treu“ geblieben, so wie ein Teil der Landbevölkerung. Der Durchbruch der Opposition in den großen Städten hatte sich schon bei den Lokalwahlen 2009 angekündigt.

**Als der abgewählte Präsident Wade dem Wahlsieger Macky Sall telefonisch gratulierte, gingen die Senegalesen auf die Straße, um den Sieg Macky Salls und der Demokratie zu feiern.**

Nachdem der zweite Wahlgang am 26. März ebenfalls friedlich und ruhig verlaufen war, wurde der Wahlabend zu einem Feiertag für die senegalesische Bevölkerung. Als der abgewählte Präsident Wade dem Wahlsieger Macky Sall telefonisch gratulierte, war das Eis gebrochen und die Senegalesen gingen auf die Straße – dieses Mal, um den Sieg Macky Salls und der Demokratie zu feiern. Die Begeisterung erfasste das gesamte Land. In Interviews äußerten Politiker und Bürger ihren Stolz auf die politische Reife der Senegalesen, die sich nun der Macht ihres Stimmzettels bewusst seien und diese auch nutzten. Der ungeliebte Präsident war abgewählt worden, aber ebenso wichtig waren die Erfahrung und die Überzeugung, dass die Stimme jedes einzelnen Bürgers zählt.

#### **DER NEUE PRÄSIDENT**

Sall ist mit 51 Jahren der bislang jüngste Präsident Senegals. Geboren wurde er in der mittelsenegalesischen Stadt Fatik. Seine Eltern stammen aus Nordsenegal und gehören der Ethnie der Halpular an. Macky Sall betont, dass seine

Familie nicht reich war, er aber eine glückliche Kindheit verbracht habe. Neben Wolof spricht er fließend Serer, die Sprache der Region Fatick, Pulaar, die Sprache seiner Eltern, die offizielle Sprache Französisch und auch Englisch.



Macky Sall, hier als Gast des Weltwirtschaftsforum 2011 in Kapstadt, entschied den zweiten Wahlgang am 26. März für sich. | Quelle: World Economic Forum / Eric Miller (CC BY-SA).

Seine politische Karriere begann er in den 1980er Jahren in der damals maoistischen Partei AJ/PADS. Zum Marxismus oder Maoismus habe er sich nie bekannt, so Sall. 1989 trat er der liberalen PDS Abdoulaye Wades bei, in der er eine steile politische Karriere startete. Dem Mineningenieur wurde die Generaldirektion der senegalesischen Erdölgesellschaft Petrosen übertragen, er wurde zum Präsidentenberater in Energie- und Minenfragen sowie zwei Jahre später zum Energieminister ernannt und gleichzeitig zum Bürgermeister von Fatick gewählt. Nach einer kurzen Amtszeit als Innenminister und Regierungssprecher wurde Sall 2004 Premierminister. 2007 war er Wahlkampfdirektor Wades und trug maßgeblich zu dessen Wiederwahl bei. Wie sein Vorgänger in beiden Funktionen, Idrissa Seck, fiel Sall in Ungnade, wurde jedoch noch für ein Jahr Präsident der Nationalversammlung – bis er allzu deutlich die Verwendung von Staatsgeldern durch den Präsidentensohn und Transportminister Karim Wade thematisierte. Als ein auf ihn zugeschnittenes Gesetz Macky Sall vom Vorsitz der Nationalversammlung kalt zu stellen suchte, kündigte er

seine Mitgliedschaft in der PDS und gründete seine eigene Partei, die Alliance für die Republik/Hoffnung (APR/Yaakar).

### DIE NEUE REGIERUNG

Fachwissen, Engagement und Erfahrung waren die Kriterien, die der neue senegalesische Präsident bei seiner Regierungsbildung zugrunde legte. Die ehemals

**Rein „politisch“ ist Salls Regierung nicht, wenn auch die wichtigsten strategischen Plätze von APR-Mitgliedern besetzt sind: Äußeres, Inneres, Justiz, Bildung und Kommunikation.**

mehr als 40 Ressorts wurden auf 25 zusammengeschmolzen. Die meisten Landesregionen sind vertreten, Priorität gilt Fachleuten mit Berufserfahrung, aber auch politischem Engagement. Rein „politisch“ ist Salls Regierung nicht, wenn auch die wichtigsten strategischen Ressorts von APR-Mitgliedern besetzt sind: Äußeres, Inneres, Justiz, Bildung und Kommunikation. Eine rein technokratische Regierung ist sie jedoch ebenfalls nicht, da zahlreiche Posten an Parteimitglieder der APR und der Koalitionsparteien gingen – sofern ihr Profil den Anforderungen des Ressorts entsprach. Schlüsselposten wurden von Experten besetzt, hierbei auffällig ist der hohe Anteil an Ökonomen.

Die alliierten großen Parteien erhielten jeweils zwei Ressorts, die kleineren eines. Die Auswahl war ein sensibles Thema und sorgte vor allem bei den sozialistischen Parteien für Unmut. Ein weiterer Kritikpunkt war die niedrige Frauenquote. Lediglich sechs der 25 Minister sind Frauen, allerdings bekleiden diese strategisch wichtige Posten: Justiz, Gesundheit, Frauen, Handel und Industrie, Tierzucht und Städtebau.<sup>21</sup> Eine Sensation war die Ernennung des Sängers Youssou N'Dour zum Kulturminister. Die Wahl wurde insbesondere von der jungen Bevölkerung sehr begrüßt, auch Kulturschaffende äußerten ihre Zustimmung. Die Ernennung des Umweltaktivisten Ali Haidar wurde ebenfalls mit Freude und großen Erwartungen aufgenommen. Der gebürtige Libanese gründete vor Jahren das Oceanium, ein Umweltzentrum in Dakar, und setzte sich mit viel Energie für den Schutz der Küste, der Mangroven und der noch verbliebenen Wälder des Landes ein. Er ist Vorsitzender der Ökologischen Parteien Westafrikas.

21 | Vgl. „Gouvernement Macky 1: Six femmes à la barre“, *Nouvel Horizon*, 822, 13.-19.04.2012.

## DIE HERAUSFORDERUNGEN

Sall und seine neue Regierung haben ein Land mit zahlreichen „Altlasten“ übernommen, mit existenziellen Problemen in vielen Bereichen, deren schnelle und vor allem nachhaltige Lösung weit oben auf der Agenda steht. Wenn Macky Sall in seiner Antrittsrede sagte, dass „alles dringend“ sei,<sup>22</sup> bezog er sich auf die immer wieder

**Die Universitäts- und Schulkrise wurde gleich nach Salls Amtsantritt in Angriff genommen. Senegals Bildungssystem befindet sich in einer tiefen Malaise.**

im Wahlkampf thematisierten Themen Universitäts- und Schulkrise, Casamance-Konflikt, Arbeitslosigkeit, Energieversorgung und Landwirtschaftskrise. Die Universitäts- und Schulkrise wurde gleich nach Salls Amtsantritt in Angriff genommen. Die monatelangen Lehrer- und Professorenstreiks im Frühjahr hatten zu enormen Verzögerungen in der Umsetzung der Lehrpläne geführt, so dass der Bildungsminister das Schuljahr verlängerte, die Examen verschob und das Jahr somit „gerettet“ wurde. Ob diese Aktion mehr als eine Scheinlösung war, wird sich herausstellen. Sicher ist, dass sich Senegals Bildungssystem in einer tiefen Malaise befindet. Als symptomatisch für diesen Zustand gilt die Universität Dakar, deren Studentenzahlen sich in zehn Jahren verdreifacht hat – ein unhaltbarer Zustand, da für diesen Andrang weder Infrastrukturen noch Personalausstattung ausreichen. Eine vertiefte Analyse des Bildungssystems ist notwendig. Außerdem versprach Sall den Bau einer neuen Universität vor den Toren Dakars. Ausbildungsplätze, neue Schulen und Universitäten müssen eingerichtet werden, vor allem aber muss die Qualität der Schul- und Berufsausbildung überprüft und angehoben werden. Überlegungen zu Qualität und Ausrichtung der Bildung stehen ebenfalls ganz oben auf der To-do-Liste.

Ebenfalls hohe Priorität genießt die Wiederherstellung des Friedens in der Casamance, die seit einigen Monaten wieder vermehrt Schauplatz von Angriffen und Übergriffen ist: Die Rebellen attackieren häufig Soldaten der senegalesischen Armee und begehen weiterhin Überfälle auf die zivile Bevölkerung. Die Regierung Wade hatte im Jahre 2000 versprochen, die Krise „in hundert Tagen“ zu lösen – nach zwölf Jahren ist immer noch kein dauerhafter

22 | „Tout est urgent“ au Sénégal, déclare le nouveau président Macky Sall“, *Afriqinfos*, 04.04.2012, <http://afriqinfos.com/articles/2012/4/4/tout-urgent-senegal-declare-nouveau-president-macky-sall-199910.asp> [05.10.2012].

Frieden in Sicht.<sup>23</sup> Sall hat bereits in seinen ersten Amtswochen Gespräche mit allen Akteuren geführt, auch mit den Rebellen sowie den Nachbarländern Gambia und Guinea Bissau. Mit dem gambischen Präsidenten unterzeichnete er eine Vereinbarung über den Bau einer Brücke über den Gambiafluss – ein Hoffnungszeichen für viele Casamance-Bewohner.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – vor allem junge Erwachsene und Diplominhaber sind betroffen – und die Landwirtschaftskrise sind Synonyme für die „soziale Frage“. Hier arbeiten die Fachminister intensiv mit den Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und Landwirtschaftsverbänden zusammen.<sup>24</sup> Auch die Fischfanglizenzen mit europäischen und asiatischen Fangflotten müssen sehr zügig überprüft und neu verhandelt werden. Schon im April zog Senegal etwa 30 ausländische Fischfanglizenzen zurück.<sup>25</sup> In die gleiche Kategorie gehört auch der Zugang der Bevölkerung zu Strom und Trinkwasser, der Ausbau der ländlichen Infrastrukturen und der Kampf gegen Überschwemmungen sowie die zunehmende Kriminalität in Dakar. Die öffentliche Gesundheit möchte Sall mit einer allgemeinen Krankenversicherung verbessern, auf die Klagen über zu teure Grundnahrungsmittel sucht er mit einer Reduzierung der Basisprodukte über eine Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel zu reagieren.

Allerdings stellt sich die Frage nach der Finanzierung der Lösung dieser dringendsten Probleme. Eine Voraussetzung ist die unmittelbare Umsetzung von Reformen. Ein schweres Erbe der Regierung Wade ist die Glaubwürdigkeitskrise der

23 | Vgl. Stefan Gehrold und Inga Neu, „Zwischen den Fronten – Auf der Suche nach einem nachhaltigen Frieden in der Casamance“, *KAS-Auslandsinformationen*, 10/2010, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_20669-544-1-30.pdf](http://kas.de/wf/doc/kas_20669-544-1-30.pdf) [05.10.2012]. Der Casamancekonflikt wird auch analysiert von dem senegalesischen Rechtsanwalt und Menschenrechtler Boucounta Diallo, *La crise casamancaise. Problématique et voies de solution*, Harmattan, Paris, 2009.

24 | Vgl. hierzu das Interview mit dem Präsidenten des größten senegalesischen Unternehmerdachverbandes und KAS-Partner CNP, Baidy Agne, der mehr „wirtschaftlichen Patriotismus“ fordert, in: *La Gazette*, 153, 5.-12.04.2012, 22-23.

25 | Hierzu äußert sich die Nachrichtenseite *SeneNews*: APS, „Gouvernement du Sénégal: Annulation de 29 licences de pêche“, *SeneNews*, 30.04.2012, <http://senenews.com/2012/04/30/gouvernement-du-senegal-annulation-de-29-licences-de-peche> [05.10.2012].

staatlichen Institutionen, die nach Meinung vieler Beobachter rehabilitiert werden müssen. Der erste Schritt in diese Richtung ist die Verkürzung des Präsidentenmandates von sieben auf fünf Jahre. Des Weiteren hat die neue Regierung mit der Bestandsaufnahme und finanziellen Offenlegung sämtlicher nationaler Institutionen begonnen, wobei bereits einige Verantwortungsträger des „ancien régime“ wegen diverser Finanzvergehen in Haft genommen wurden. Für die einen ist diese Verfahrensweise eine Hexenjagd, für die anderen eine logische Konsequenz. In diesem Zusammenhang steht eine moralische Hinterfragung der politischen Verhaltensweisen auf Salls Agenda: Mauschelei und Korruption sollen gebannt und alle Bürger vor dem Gesetz und im öffentlichen Leben gleich behandelt werden. Die senegalesische Presse äußerte sich ausführlich zu diesen Fällen und widmete ihnen ganze Ausgaben, wie die *Gazette*, gegründet von Abdou Latif Coulibaly, einem engagierten Anwalt, der Wade und sein Regime mehrfach in den Blick genommen und hart kritisiert hat.

Unmittelbar mit dieser Frage verbunden ist die Land- und Bodenproblematik. Seit Senghors Herrschaft gehört in Senegal das gesamte Ackerland dem Staat. Die Regierung Wade hat diese im Gesetz verankerte Regelung jedoch nicht allzu ernst genommen. So wurden riesige Areale an politische Amtsträger wie Abgeordnete, Minister, Gemeinderatsvorsitzende, an religiöse Würdenträger sowie an in- und ausländische Investoren vergeben.<sup>26</sup> Deren Landhungern sorgte im Tal des Senegalflusses für Aufstände und forderte sogar Tote, als die Gemeinderatsmitglieder und die illegal enteignete Bevölkerung in Mbane und Fanaye gegen die Beschlagnahmung immenser Ländereien durch die Minister Karim Wade (Sohn des Ex-Präsidenten), Djibo Ka (damals Umweltminister) sowie anderer Würdenträger protestierten. Auch in anderen Regionen steht die Landfrage stellvertretend für die Schaffung sozialer Gerechtigkeit: In Kedougou fördern multinationale Unternehmen Gold, die vertriebene Bevölkerung wird häufig

**Seit Senghors Herrschaft gehört in Senegal alles Ackerland dem Staat. Die Regierung Wade hat diese im Gesetz verankerte Regelung jedoch nicht allzu ernst genommen.**

26 | *La Gazette* titelte hierzu: „Les nouveaux ‚saigneurs‘ de la terre“, mit dem Wortspiel des Homophons „Seigneur“ (Herr) und „Saigneur“ (Ausbluter), 21.11.2011, <http://lagazette.sn/spip.php?article3415> [05.10.2012].



nicht entschädigt.<sup>27</sup> In der Region Thiès sorgen Lizenzen für die Phosphat- und Kalkförderung für Unmut, in der Hauptstadtregion Dakar gibt es quasi keinen unbebauten Quadratmeter mehr, auch nicht im offiziell unbebaubaren Küstenbereich, der landesweit von Erosion bedroht ist. Zudem ist das Thema Umwelt noch nicht ausreichend thematisiert worden: Der nicht entsorgte Müll erstickt nicht nur die Hauptstadt Dakar, das Problem wird auch in den regionalen Zentren immer akuter. Der Energiekrise, aber auch der fortschreitende Entwaldung und Wüstenbildung kann dauerhaft nur durch den Einsatz Erneuerbarer Energien beigegeben werden.

### NEUES PARLAMENT, NEUER ANFANG?

Im Gegensatz zu den konflikt- und emotionsgeladenen Präsidentschaftswahlen im Februar und März dieses Jahres verliefen sowohl der Wahlkampf als auch die Parlamentswahlen beinahe leidenschaftslos. Lediglich knapp 37 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Diese fast als Desinteresse zu bezeichnende Haltung beruht auf mehreren Faktoren: Während die Präsidentschaftswahlen

**Ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung war das Fehlen des Einheitsstimmzettels: Aufgrund der Vielzahl der Parteien lagen in jedem Wahlbüro 24 Einzelwahlscheine bereit.**

in der nach französischem Muster aufgebauten Präsidentschaftsrepublik Senegal als ausschlaggebend betrachtet werden, ist die Bedeutung der Parlamentswahlen vielen Wählern nicht bewusst. Ein weiterer Grund für die geringe Wahlbeteiligung war das Fehlen des Einheitsstimmzettels: Aufgrund der Vielzahl der Parteien lagen in jedem Wahlbüro 24 Einzelwahlscheine bereit. So gelang es nur gut informierten und engagierten Wählern, sich schnell durch die Papierberge zu finden und ihre Stimme abzugeben. Vor allem die zahlreichen Analphabeten standen vor einem Dilemma.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Senegal bestätigten erwartungsgemäß die Mehrheit der Regierungskoalition, die mit 119 von 150 Sitzen in der Nationalversammlung über eine komfortable Mehrheit verfügt. Die liberale „Mutterpartei“ PDS konnte als erste Oppositionskraft immerhin

27 | Vgl. Ute Gierczynski-Bocandé, „Hohe Haftstrafen nach Unruhen in Kedougou – Rechtsstaat im Senegal auf dem Prüfstand“, *KAS-Länderbericht*, 01/2009, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_15600-1522-1-30.pdf](http://kas.de/wf/doc/kas_15600-1522-1-30.pdf) [05.10.2012].

noch 14 Sitze erlangen, die liberale Splittergruppe des Senatspräsidenten Pape Diop nur vier, ebenso wie die Bürgerbewegung um Mansour Djamil Sy. Drei weitere muslimische Parteichefs sind ebenfalls im Parlament vertreten. Der Frauenanteil ist auf 43 Prozent gestiegen ist, das sind 65 Sitze im Parlament.

Interessant ist ein Blick auf die Parteienkonstellation im neuen Parlament. Die Opposition setzt sich aus der PDS und einigen kleinen Parteien zusammen. Jedoch sind nicht alle klei-

**Die Opposition setzt sich aus der PDS und einigen kleinen Parteien zusammen. Jedoch sind nicht alle kleinen Parteien in der Opposition vertreten.**

nen Parteien in der Opposition vertreten, viele zögern noch mit einer Positionierung und sympathisieren eher mit der Regierungskoalition Benno Bokk Yaakaar (Für eine gemeinsame Hoffnung vereint). Die Regierungskoalition wiederum stellt ein Konglomerat ideologisch sehr unterschiedlicher Strömungen dar: Liberale, Sozialdemokraten und Sozialisten. Auf der einen Seite garantiert dies lebendige Debatten. Auf der anderen Seite werden sich Entscheidungsfindungsprozesse vermutlich teils langwierig und äußerst kontrovers gestalten.<sup>28</sup> Einen Vorgeschmack gab es bereits bei der Wahl des Vorstands und der Ausschüsse, die zu ersten ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheitspartei APR des Staatspräsidenten und den Alliierten führte. Letztere fühlten sich bei der Besetzung der wichtigsten Posten übergangen und unterrepräsentiert, haben allerdings zumindest einen Grund zur Genugtuung: Moustapha Niasse, der erneute „Königsmacher“ bei der Stichwahl und wichtigste Alliierte Salls, wurde mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden der Nationalversammlung gewählt. Mit seinem ausgleichenden Temperament und seiner politischen Erfahrung führt er nun ein Parlament an, das sich aus mehrheitlich unerfahrenen Vertretern und divergierenden politischen Tendenzen zusammensetzt.

Jedoch stellen sich die Mitglieder der PS von Tanor Dieng und der AFP des Parlamentsvorsitzenden Niasse die Frage, ob sie in den Jahren der Regierungskoalition ihr Profil erhalten und weiterentwickeln können. Mit den 17

28 | Vgl. hierzu: „Après législatives. Benno et ses 4 pièges cardinaux“ (Benno und seine vier Haupt-Fallen), wo *Nouvel Horizon* die Probleme der neuen Regierungskoalition analysiert und den Vorsitz der Nationalversammlung, institutionelle Reformen, die Lokalwahlen und die allgemeine Regierungsführung in den Blick nimmt. *Nouvel Horizon*, 06.-12.07.2012, 12-14.

Abgeordneten der PS und den 18 der AFP stellen die Sozialisten trotz allem ein Gewicht gegenüber den 71 Liberalen (61 APR, 10 Rewmi) dar.

### **ANSTIEG DES FRAUENANTEILS IM PARLAMENT**

Der Frauenanteil hat sich in der neuen Legislaturperiode mehr als verdoppelt – ein Ergebnis des im vergangenen Jahr verabschiedeten Gesetzes zur Geschlechtergleichheit in gewählten Instanzen. 50 Prozent waren vorgesehen. Dieser Anteil hätte auch erreicht werden können, wären nicht organisatorische Probleme aufgetreten. In der Tat haben alle Parteien das Gesetz befolgt und auf ihre Listen abwechselnd Männer und Frauen gesetzt.

**Alle Parteien haben auf ihre Listen abwechselnd Männer und Frauen gesetzt. Allerdings hatte nur eine Frau einen Spitzenplatz inne, alle anderen Listen wurden von einem Mann angeführt.**

Allerdings hatte nur eine Frau einen Spitzenplatz inne, alle anderen Listen wurden von einem Mann angeführt. Hinzu kommt, dass sich das Parlament aus Abgeordneten der nationalen Listen und der Kreislisten zusammensetzt. Schließlich wurden 65 Frauen ins Parlament gewählt. Viele Beobachter gehen davon aus, dass sich durch diese Konstellation einiges ändern wird: Von den weiblichen Abgeordneten wird erwartet, dass sie pragmatischer und kreativer mit ihrem Amt umgehen und sich mehr für die Belange der Menschen in den Regionen einsetzen. Die Realität wird zeigen, ob dieser zutrifft. Ein erster Dämpfer stellte bereits die Besetzung der Kommissionsvorsitze dar: Von elf Plätzen wurden nur vier von Frauen besetzt.

### **MARABOUTS UND IMAME ALS ABGEORDNETE – DAS VERLANGEN NACH MEHR MORAL IN DER POLITIK**

Imame sind muslimische Vorbeter, die in der Regel ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben, während Marabouts eine typisch senegalesische<sup>29</sup> Variante islamischer Würdenträger darstellen. Während der sufistische Islam in der Regel keine Hierarchie kennt, sind die Marabouts Teil der religiösen Bruderschaften in Senegal (Mouriden, Tidiane u.a.).<sup>30</sup> Der Khalif bildet die Spitze einer Dynastie, die auf dem Modell der historischen Reiche Senegals aufbaut. So ähnelt

29 | Vgl. hierzu V. Monteil, *L'Islam noir*, Editions du Seuil, 1964.

30 | Ute Gierczynski-Bocandé, „Islam und Demokratie in Senegal“, *KAS-Auslandsinformationen*, 12/2007, <http://kas.de/wf/de/33.12801> [05.10.2012].

die Stellung des Khalifen der des Königs, die Marabouts stellen die Prinzen und unteren Würdenträger dar.<sup>31</sup> Was von ausländischen Beobachtern häufig als Anachronismus empfunden wird, ist jedoch in Senegal ein funktionierendes Gesellschaftsmodell, in dem sich „moderne“ demokratische Strukturen auf ein traditionelles Substrat gesetzt haben, beide in ständiger Interaktion. Die Marabouts hatten bislang keine politische Macht, sie übten jedoch in vielerlei Hinsicht starken Einfluss auf politische Entscheidungen aus.<sup>32</sup>

**Die Marabouts hatten bislang keine politische Macht, sie übten jedoch starken Einfluss auf politische Entscheidungen aus.**

Der Einzug von vier muslimischen Würdenträgern in die Nationalversammlung wurde von vielen Beobachtern als überraschend und sogar als beunruhigend bezeichnet. Er wurde als Zeichen für eine Fusion von Religion und Politik gewertet mit der hintergründigen Furcht, die „Religiösen“ könnten die Religion als politisches Druckmittel instrumentalisieren. Während der Regierungsperioden Senghors, Dioufs und Wades haben Marabouts mehrfach Wahlempfehlungen abgegeben. Im Laufe der Zeit wurde diesen aber immer weniger Folge geleistet. Die Bürger ließen und lassen sich von den religiösen Würdenträgern nicht mehr diktieren, wen sie zu wählen haben.

Nun sind die Marabouts selber in die politische Arena gestiegen und ihre Meinung ist wieder relevant. Allerdings wäre es verfehlt, ihnen religiöse Ambitionen zu unterstellen. Mbaye Niang beispielsweise ist ein hoher Beamter und ein Imam, der schon in der vergangenen Legislaturperiode in der Nationalversammlung saß, als gewählter Vertreter und nicht als Repräsentant einer Religion. Er betont, dass die Religion ihm als Werteservoir und Handlungsrichtlinie wichtig sei, er aber den Islam nicht als politisches Argument in Streitfällen einsetze. Er sei und bleibe Bürger und übe seine Tätigkeit als Imam nur als Privatmann aus.

31 | Vgl. hierzu Christina Coulon, *Le marabout et le prince. Islam et pouvoir au Sénégal*, Pedone, Paris, 1981; Moriba Magas-souba, *L'Islam au Sénégal*, Karthala, Paris, 1985.

32 | Vgl. hierzu das Kapitel: „Marabutische Wahlhilfe von den Anfängen der senegalesischen Demokratie bis heute“, in: Giercynski-Bocandé, „Islam und Demokratie in Senegal“, Fn. 31, 121.

Der Marabout Serigne Mansour Djamil Sy sorgte für die größte Überraschung der Parlamentswahl. Der weitgereiste Vertreter der Tidijanen-Bruderschaft, die in Senegal den gemäßigten Islam vertritt, war ein treibender Motor der Bürgerrechtsbewegung des 23. Juni und hat sich seit seiner Rückkehr aus New York und Djeddah, wo er in der islamischen Entwicklungsbank gearbeitet hatte, für die Abwahl Wades eingesetzt. Er scharte eine Reihe renommierter Intellektueller und Politiker um sich, die in den konventionellen Parteien keine vorderen Listenplätze einnehmen konnten. Listen-Zweite ist Elene Tine, die jahrelang als kompetente und engagierte Parteisprecherin für die sozialdemokratische Partei AFP gearbeitet hat und in der Koalition mit Sall weder auf Regierungs- noch auf Parlamentslisten-Ebene berücksichtigt wurde. Als praktizierende Katholikin zog sie mit dem Marabout Djamil Sy und zwei weiteren Mitgliedern der Bürgerbewegung ins Parlament ein. Sy gilt als Verkörperung eines religiösen Würdenträgers, der mittels seines staatsbürgerlichen Engagements kompromisslos für die Demokratie und die Republik eintritt.

Die große Popularität dieses Marabouts weist auf das wohl entscheidende Motiv hin, das die Wähler bewogen hat, eine „religiöse“ Partei zu wählen. Sie erwarten von den religiösen Würdenträgern etwas, das die „herkömmlichen“ Politiker anscheinend häufig vermissen lassen: Moralität, Seriosität, Loyalität, Ehrlichkeit und Transparenz. In einem Land, in dem Politik nicht selten mit Opportunismus, Egoismus, Korruption, Vetternwirtschaft und Sittenverfall gleichgesetzt wird, wird den Religionsvertretern offenbar eine besondere Rolle zugeschrieben.

#### **PERSPEKTIVEN FÜR DIE INSTITUTIONELLE UND DIE PARTEIENENTWICKLUNG**

Die neuen Abgeordneten stehen vor enormen Herausforderungen: Regierungskoalition und Opposition müssen ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um der Regierung in zahlreichen Reformvorhaben den Rücken zu stärken und sie effizient zu kontrollieren. Darüber hinaus erwarten die Wähler eine größere Bürgernähe von den Abgeordneten, sie fordern von ihnen ein eindeutiges und nachhaltiges Engagement in den Wahlkreisen. In den vergangenen Legislaturperioden wurden den Abgeordneten und Senatoren häufig

vorgeworfen, auf Kosten der Steuerzahler Vorteile auszukosten, ohne sich auch nur ansatzweise für deren Interessen und Belange einzusetzen. Die Forderung nach mehr Moral im politischen Leben wird lauter, ebenfalls wird mehr Demokratie und Mitsprache innerhalb der politischen Parteien gefordert. Spannend werden die nächsten Jahre sicher auch mit Blick auf die die Entwicklung der Parteienlandschaft. Die liberale PDS von Ex-Präsident Abdoulaye Wade hat sich mehrmals gespalten: Zunächst gründeten die abgesetzten Premierminister Seck und Sall ihre Parteien Rewmi und APR. Nach der Niederlage Wades spaltete sich von der PDS-Partei die Bewegung Bokk guiss guiss (Gemeinsame Sichtweise, gemeinsame Richtung) unter der Führung von Senatspräsident Pape Diop ab. Sie zog allein mit vier Abgeordneten ins Parlament ein.

**Die Forderung nach mehr Moral im politischen Leben wird immer wieder laut, ebenfalls wird mehr Demokratie und Mitsprache innerhalb der politischen Parteien verlangt.**

Den Forderungen der Wähler nach Reformen der Institutionen kam die Politik im September mit der Abschaffung des Senats nach. Die Nationalversammlung verabschiedete mit großer Mehrheit den Gesetzesvorschlag der Regierung, die mit den eingesparten Kosten für die Senatoren und den Senatsunterhalt ihre dringenden Aufgaben zu erfüllen sucht. Hierzu gehört die Lösung des Problems der immer wiederkehrenden Überflutungen ganzer Viertel Dakars. Allerdings wurde die Senatsauflösung auch als Scheinlösung von Problemen kritisiert. Die Institution als solche sei der pluralistischen Demokratie zuträglich, jedoch hätten der Wahlmodus und die Funktionen überdacht und reformiert werden sollen.<sup>33</sup>

Die Parteienlandschaft sieht, wie auch das Parlament, einer bewegten Zukunft entgegen. Es scheint ein gemeinsames Bestreben zu geben, Senegal auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung zu führen. Die Herausforderungen sind enorm, die Verantwortung ist es ebenfalls. Senegal möchte sich nach von Gewalt geprägten Wahlperioden als der ruhende Pol in einer konfliktgeladenen Region verankern. Das Land könnte politisch wieder Impulse geben und ein Hoffnungsträger der Demokratie in Westafrika werden. Ist

33 | In der Online-Tageszeitung *Rewmi* äußern sich Senatoren und Abgeordnete kontrovers über die Abschaffung des Senats: [http://rewmi.com/suppression-senat-reactions\\_a67675.html](http://rewmi.com/suppression-senat-reactions_a67675.html) [05.10.2012].

dieser hohe Anspruch jedoch realistisch? Die Entwicklung in Mali und in anderen Nachbarstaaten ruft Besorgnis hervor.

### **SENEGAL, MALI UND DIE ISLAMISTISCHE BEDROHUNG DER SAHELZONE**

**Die Militärjunta in Mali setzte zwar einen zivilen Übergangspräsidenten ein, dieser gilt jedoch als Handlanger der Putschisten und hat in seinem geteilten Land kaum Einfluss.**

Am 22. März wurde in Mali, einen Monat vor den anberaumten Wahlen, Präsident Amadou Toumani Touré von seiner eigenen Armee entmachteter. Die Militärjunta setzte zwar einen zivilen Übergangspräsidenten ein, dieser gilt jedoch als Handlanger der Putschisten und hat in seinem geteilten Land kaum Einfluss. Im Norden herrschen die Islamisten, denen von den Tuareg der Weg geebnet worden war.<sup>34</sup>

Nach dem Sturz Gadaffis waren Tausende Tuareg, die Mali in früheren Jahren verlassen hatten, von Libyen durch die Sahara nach Mali zurück gekehrt – schwer bewaffnet und mit dem Willen, in Nordmali, Niger und Mauretanien den Tuaregstaat Azawad einzurichten. Die malische Regierung hatte seit Jahren Kompromisse und Lösungsvorschläge für den Tuareg-Konflikt gesucht und teilweise gefunden. Sie war jedoch nicht auf die massive Invasion von Norden vorbereitet. Der militanten Tuaregbewegung MNLA fielen zahlreiche malische Soldaten zum Opfer, die, nur schlecht ausgerüstet, kaum Widerstand leisteten und in den Süden flohen. Die Frustration der Soldaten äußerte sich in Demonstrationen und kulminierte in einem Putsch. Azawad blieb eine Illusion, denn die Islamisten von Al-Qaida im Islamischen Maghreb und anderer Provenienz brachten sich ins Spiel und nahmen die großen Städte des Nordens ein: Kidal, Gao und Tombouctou fielen in ihre Hände. Das islamische Recht wurde eingeführt, Mali de facto zweigeteilt. Der wichtigste Tuareg-Rebellenchef Iyad Ag Ghaly trat zu den Islamisten über und fordert die rigorose Anwendung der Scharia.

34 | Zur Genese des Staatsstreichs und seiner Folgen: Andrea Kolb, „Malis unerwarteter Staatsstreich“, *KAS-Länderbericht*, 22.03.2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30568> [05.10.2012]; Andrea Kolb, „Mali: Der Staat im Umbruch – Neue Hoffnung nach der Ernennung eines Übergangspräsidenten“, *KAS-Länderbericht*, 13.04.2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30730> [05.10.2012].

Die malische Regierung und die Armee stehen dieser Entwicklung machtlos gegenüber. Nachdem sie monatelang eine internationale Unterstützung im Kampf gegen die Islamisten abgelehnt hatten, richtete der Präsident im September 2012 einen Aufruf an die Vereinten Nationen.<sup>35</sup> Wenn auch prinzipiell die Bereitschaft bekundet wurde, in Mali zu intervenieren, wird dies vor 2013 nicht geschehen. Auch die afrikanische Verteidigungsgemeinschaft der ECOWAS zögert, letztlich haben sich Nigeria, Burkina Faso und die Elfenbeinküste geeinigt, eine Eingreiftruppe zu bilden. Senegal ist nicht involviert – das Land befürchtet ein Übergreifen des islamischen Terrorismus aus dem Nachbarland Mali. Einzig vorstellbar sind politische Beratungsfunktionen durch erfahrene senegalesische Politiker, wie „hinter den Kulissen“ schon mehrfach geschehen. Der ehemalige Oppositionspolitiker und jetzige Staatsminister Senegals, Abdoulaye Bathily, äußerte sich hierzu: „Mali und Senegal, das ist das gleiche Land, die gleiche Bevölkerung, die gleiche Geschichte. Der Sahel bildet eine kulturelle Einheit.“<sup>36</sup>

Mali stellt in vielerlei Hinsicht die Achillesferse Westafrikas dar, denn hier hat sich eine Bedrohung realisiert, die in allen Sahel-Ländern besteht: die Teilung zwischen Nord und Süd, weißer und schwarzer Bevölkerung, Islam und Christentum bzw. afrikanischen Religionen. Niger hat sich der Tuareg-Problematik mit viel Geschick angenommen und eine Integration dieser im nördlichen Teil Westafrikas nomadisierenden Ethnie ansatzweise gelöst. Jedoch befürchtet Präsident Issoufou ein Übergreifen der Rebellion auf sein Land.<sup>37</sup> In Mauretanien hingegen kommt es immer wieder zu Konflikten, vor zwanzig Jahren drohte gar eine

**Niger hat sich der Tuareg-Problematik mit viel Geschick angenommen und die nomadisierende Ethnie ansatzweise integriert. Jedoch wird ein Übergreifen der Rebellion befürchtet.**

35 | Der französische *Express* schreibt hierzu: „Intervention in Mali. Alles muss noch gemacht werden“, [http://lexpress.fr/actualite/monde/afrique/intervention-au-mali-tout-reste-a-faire\\_1169444.html](http://lexpress.fr/actualite/monde/afrique/intervention-au-mali-tout-reste-a-faire_1169444.html) [05.10.2012].

36 | „Abdoulaye Bathily: le nord du Mali est ‚une affaire de sécurité internationale‘“, Interview mit Abdoulaye Bathily, *Radio France Internationale (RFI)*, 01.10.2012, <http://rfi.fr/afrique/20121001-abdoulaye-bathily-le-nord-mali-une-affaire-securite-internationale-senegal> [05.10.2012].

37 | Vgl. Christophe Châtelot, „Mahamadou Issoufou, ‚La situation au Mali nous préoccupe beaucoup‘“, Interview mit Mahamadou Issoufou, *Le Monde*, 14.02.2012, [http://lemonde.fr/afrique/article/2012/02/14/mahamadou-issoufou-la-situation-au-mali-nous-preoccupe-beaucoup\\_1643250\\_3212.html](http://lemonde.fr/afrique/article/2012/02/14/mahamadou-issoufou-la-situation-au-mali-nous-preoccupe-beaucoup_1643250_3212.html) [05.10.2012].



bewaffnete Auseinandersetzung mit Senegal.<sup>38</sup> Die übrigen Nachbarländer Senegals, Guinea Bissau<sup>39</sup> und Guinea, sind politisch instabil und institutionell nicht gefestigt. Die Elfenbeinküste ist nach dem Bürgerkrieg noch relativ verletzlich, Nigeria ist immer wieder Schauplatz islamistischer Gewalt mit Übergriffen von Boko Haram, und auch der Tschad ist alles andere als eine gefestigte Demokratie. Islamistische Bewegungen finden überall da Nährboden, wo Armut, Frustrationen und politische Instabilität herrschen.

Angesichts dieser Konstellation stellt sich die Frage, inwieweit Senegal ein „Zugpferd“ der Demokratie in der westafrikanischen Region werden kann. Eine militärische Intervention schließt die senegalesische Regierung aus guten Gründen aus, auf diplomatischer und politischer Ebene ist hier mehr zu erreichen. Senegal könnte gegebenenfalls als Vorbild fungieren, insbesondere für die politischen Eliten und Entscheidungsträger seiner Nachbarländer. In der Tat studieren hunderte junge Menschen und spätere Entscheidungsträger der westafrikanischen Region an senegalesischen Universitäten und Fachinstituten. Aber auch andere gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Akteure der Nachbarländer absolvieren in Senegal Fort- und Ausbildungen. Sie erfahren eine lebendige Demokratie und deren Mechanismen, selbst wenn in Senegal noch Verbesserungsbedarf herrscht.

Die Lage im Sahel ist ernst, eine militärische Intervention kann nur ein Teil der Problemlösung sein. Besonderes Gewicht muss auf die Ausbildung und Bewusstseinsbildung der politischen und militärischen Eliten gelegt werden, und in diesem Bereich bemüht sich Senegal um eine Vorreiterrolle. Eine demokratische Entwicklung und die effiziente Aktion einer loyalen und republikanischen Armee könnten Entscheidungsträgern anderer Länder wichtige Orientierungshilfen geben und langfristig zu mehr Frieden und Demokratie in der Region beitragen.

38 | Bruno Callies De Salies in *Le Monde diplomatique* (02/1997) stellt die Lage Mauritaniens detailliert dar, viel hat sich bis heute nicht geändert. [http://monde-diplomatique.fr/1997/02/callies\\_de\\_salies/7747](http://monde-diplomatique.fr/1997/02/callies_de_salies/7747) [05.10.2012].

39 | Ute Gierczynski-Bocandé und Stefan Gehrold, „Guinea-Bissau: Präsident ermordet, Verfassung bleibt in Kraft“, *KAS-Auslandsinformationen*, 3/2009, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_16373-544-1-30.pdf](http://kas.de/wf/doc/kas_16373-544-1-30.pdf) [05.10.2012].